

Katja Dörner (Bündnis 90/Die Grünen)

Bundestagswahl 2013: Interview mit der Grünen-Direktkandidatin für Bonn



Sie schaffte es zum zweiten Mal auf Platz fünf der Grünen Landesliste für NRW. So wird Katja Dörner aller Wahrscheinlichkeit nach ab September eine zweite Amtsperiode im Bundestag antreten. Campus-web-Redakteur Ansgar Skoda traf die 37-jährige ehemalige Magisterstudentin der Uni Bonn in ihrem Bonner Wahlkreisbüro. Mit der Politikerin spricht er unter anderem über ihr ungewöhnliches Wahlkampfplakat, die Möglichkeit einer Koalition mit den Linken, Vorwürfe politischer Gegner und Kürzungen bei Förderprogrammen für Akademiker.

campus-web: Wie sind Sie auf die Idee gekommen, im Wahlkampf ein so ungewöhnliches Wahlplakat einzusetzen, auf dem eine ganze Menschenansammlung comichaft skizziert wird?

Katja Dörner: Ein Kopfplakat mit meinem Gesicht und einem Slogan wäre mir zu langweilig gewesen, denn das machen immer alle. Das Plakat sollte auffallen und die Leute sollen darüber auch durchaus kritisch reden und darüber stolpern. Ich bekomme viel positives und auch durchaus negatives Feedback zu dem Plakat. Mir war wichtig, dass ich mit diesem Plakat eine Botschaft transportiere, die lautet – klar, ich bin die Kandidatin, deshalb stehe ich auch im Vordergrund mit der Fahne, aber Politik wird nicht von einer Person gemacht. Ich bin nicht die Einzelkämpferin in Berlin, sondern ich vertrete die Grünen aus Bonn. Ich vertrete die Bonnerinnen und Bonner in Berlin. Deshalb habe ich zum einen meine grünen KollegInnen aus dem Stadtrat, aus dem Kreisvorstand, Funktionsträger bei den Grünen und auch bei der grünen Jugend gefragt, ob sie mit abgebildet werden wollen. Unser Landtagsabgeordneter Rolf Beu und Eike Block, der im Landesvorstand ist, sind auf dem Plakat mit drauf. Es sind auch ganz viele Grünen-Mitglieder abgebildet, die keine Funktion haben, sondern die es einfach mal cool fanden, auch auf dem Wahlplakat zu sein. Es ging mir darum, das grüne Team in Bonn darzustellen.

Aber diese Personen sind kaum erkennbar. Und dann gibt es da ja noch eine Katze und einen Barcode?

Die Katze ist auch einfach ein bisschen witzig und ironisch gemeint. Es gab die Kritik, dass das Ganze ein bisschen marxistisch-leninistisch aussehe – Diese Vorstellung wollten wir auch mit einem Augenzwinkern bedienen. Wir haben gewisse künstlerische Verfremdungseffekte mit darauf genommen und dazu gehört die Katze. Dazu gehören auch die Strahlen im Hintergrund, die keine klassisch sozialistischen Strahlen sind, sondern unsere Sonnenblume, wenn man näher darauf guckt. Der Barcode führt auf meine Homepage, wenn Leute sich eingehender informieren wollen gibt es dort auch einen Film zum Plakat. Also insgesamt ist es ein künstlerisches Plakat geworden mit sehr viel coolen Details. Ich glaube, es hat unserem Kreisverband Spaß gemacht, dieses Plakat zu entwerfen. Ansonsten sollte man Plakate auch nicht so überbewerten.

Geklebt wird auf Ihre Wahlplakate mitunter der Aufkleber „Die Grünen – Hartz VI-Einführung, Zustimmung zum Kosovo-Einsatz der NATO, Liberalisierung der Finanzmärkte (Hedge-Fonds) u.a. – Ich lass mich doch nicht verarschen!“ Was sagen Sie dazu?

Man freut sich nie, wenn Plakate durch Aufkleber, Inschriften und Ähnliches optisch nicht unbedingt verbessert werden. Mit inhaltlicher Kritik muss man sich natürlich auseinandersetzen. Gerade im Bereich der Finanzmarktregulierung haben die Grünen in der zweiten grünen Legislaturperiode auch Fehler gemacht und an bestimmten Stellen die Weichen mit falsch gestellt. Das muss man selbstkritisch analysieren. Ich denke, meine Partei

hat in den letzten Jahren der Opposition viel dafür getan neu zu bewerten, was in der Zeit der Regierungsperiode gut war und was Dinge sind, wo wir unsere Ziele nicht haben weiter verfolgen können oder wo sich Sachverhalte in die falsche Richtung hin entwickelt haben. Gerade im Bereich der Sozialpolitik vertreten wir heute an bestimmten Stellen andere Positionen, nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen, die wir mit Reformen gemacht haben, beispielsweise in punkto Mini-Jobs. Was man damals als Chance mit den Mini-Jobs verbunden hat, ist so nicht eingetreten. Minijobs haben sich dahingehend entwickelt, dass sie ausgenutzt werden. Sie werden zu Armutsfallen insbesondere für Frauen. Das war sicher nicht die Intention, die wir damals mit Mini-Jobs verbunden haben. Deshalb muss man heute sagen, so wollen wir das nicht. Wir wollen die Mini-Jobs deutlich einschränken. Es ist schade, wenn solche Aufkleber auf die Plakate geklebt werden. Dann kann man sich mit den Menschen, die das machen, letztendlich inhaltlich nicht auseinandersetzen, sondern sieht nur die Aufkleber. Ich fände es besser, wenn die Leute mal zu einer unserer Mitgliederversammlungen kämen oder zu einer unserer Wahlkampfveranstaltungen und mit mir oder unseren Spitzenkandidaten Jürgen Trittin und Katrin Göring-Eckhardt, die hier in Bonn waren, darüber diskutieren, was schlecht gelaufen ist und was man heute besser machen könnte und würde. So eine Diskussion findet natürlich nicht statt, wenn man einfach einen Aufkleber auf ein Plakat pappt.



Die Linken bieten in Bonn eine Hartz VI-Beratung an. Warum tun die Grünen dies nicht?

Wir machen nicht explizit ein öffentliches Angebot dafür. Wir machen aber auch Beratung, insbesondere auf der Ebene der Ratsfraktion. Bei Problemen mit der ARGE, aber auch wenn es um den Kitabereich oder den Schulbereich geht wenden sich sehr viele Bürger an uns mit ganz konkreten Problemen und da beraten wir auch. Ich mache auch eine Bürgersprechstunde. Jeder Bürger und jede Bürgerin, die mit mir über ihre persönlichen Belange sprechen und einen Termin haben möchte, bekommt bei mir auch einen Termin.

Das seit 2006 erfolgreiche Angebot "Akademiker qualifizieren sich für den Arbeitsmarkt" (AQUA) der in Bonn ansässigen Otto-Benecke-Stiftung wird diesen Monat durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung beendet. Welche Alternativangebote für langzeitarbeitslose Hochschulabsolventen gibt es?

Man darf ein solches Programm nicht einfach ersatzlos auslaufen lassen, weil es für diese besondere Zielgruppe sehr gut zugeschnittene Angebote bietet. Ich fände es grundsätzlich falsch, wenn die Expertise, die man sich in den letzten Jahren mit dem AQUA-Programm angeeignet hat, verloren ginge. Die Frage fällt in den Zuständigkeitsbereich von **Arfst Wagner**, meinem Kollegen aus dem Bildungsausschuss. Wir sind uns einig, dass es keinen Sinn macht dieses Programm nicht weiter zu finanzieren. Insofern ist es gut, dass er sich da hinter klemmt. Die Entscheidung der Streichung scheint jedoch schon getroffen worden zu sein. Es ist häufig ein Problem, dass wir Parlamentarier relativ spät darüber informiert werden, wenn beispielsweise gute Förderprogramme nicht weitergeführt werden. Leider informieren uns auch die Träger und die Stiftungen häufig nicht frühzeitig. Dann kann man als Parlamentarierin oder Parlamentarier häufig nichts mehr tun. Wenn man hingegen frühzeitig davon erfährt, kann über das Parlament entsprechender Druck gemacht und darauf hingewiesen werden, was bestimmte Programme auch an positiver Wirkung erzielt haben. Bevor man jetzt Alternativangebote neu konstruiert, sollte man die Angebote die man hat, weiter fördern. Auf der anderen Seite geht es bei der Kürzung natürlich auch darum für Akademikerinnen und Akademiker mit Migrationshintergrund besondere Angebote zu schaffen, aber das sollte man in die bestehenden Angebote einbinden. Da sollte bei bestimmten Angeboten eine Spezifik für Akademiker mit Migrationshintergrund

integriert werden. Es soll jetzt mit Mitteln aus dem europäischen Strukturfonds (ESF) ein neues Programm aufgelegt werden. Da müssen wir im Bundestag im Auge behalten, welche Schwerpunkte gesetzt werden.

Würden die Grünen mit den Linken eine rot-rot-grüne Koalition eingehen?

Wir haben in vielen Bereichen breite inhaltliche Übereinstimmungen mit den Linken, mit der SPD natürlich am meisten. Ich bin selber auch Mitglied im **Institut Solidarische Moderne**, das eine Art Denkfabrik für Rot-Rot-Grüne Perspektiven ist. So wie ich die Linke jetzt und auch die Fraktion der Linken im Bundestag in den letzten Jahren wahrgenommen habe, ist mein Eindruck, dass das eigentlich zwei Parteien sind. Diese sind dermaßen damit beschäftigt, sich untereinander zu bekriegen, dass ich nicht wüsste, wie man da ein verlässliches Bündnis hinbekommen sollte. Da bin ich selber ausgesprochen skeptisch und würde davon ausgehen, dass das nicht gelingt. Wenn man eine Regierungsmehrheit zusammenstellen möchte, dann muss man natürlich Fraktionen haben, die in ihrer Gänze oder zumindest in ihrer breiten Mehrheit hinter den Kompromissen stehen, die man in Koalitionsverhandlungen aushandelt und das halte ich bei den Linken für nicht gegeben.

Die Linken werfen unter anderem auch den Grünen vor, dass sie in Fragen der Klima-Politik und erneuerbaren Energien mit Lobby-Organisationen zusammenarbeiten würden. Machen die Grünen Zugeständnisse an die großen Energiekonzerne?

Das halte ich für ganz großen Humbug. Welche Lobby-Gruppen im Klima-Bereich sollen uns angeblich unterstützen? Wir Grünen werden gerade von den großen Energiekonzernen in unseren Forderungen für die Energiewende nicht unterstützt, weil es uns darum geht, die Erneuerbaren massiv auszubauen und weil wir eine Energiewende in Bürgerhand wollen. Das entspricht natürlich nicht den Interessen der großen Energiekonzerne. Und das bekommen wir selbstverständlich zu spüren. Die großen Energiekonzerne unterstützen die CDU, die FDP und auch die SPD, die ja weiter auf Kohlekraftwerke setzt. Ich würde uns zu denen zählen, die mächtig Gegenwind haben von den großen Lobbys, insbesondere im Bereich der Energiepolitik.

Machen sich die Grünen mit dafür stark, dass das Gesetz für Rentenanwartschaften für Kinder vor 1992 pro Kind sich auf eine dreijährige Kindererziehungszeit und somit auf drei Rentenpunkte auf dem Rentenkonto summiert, oder werden diese geburtenstarken Jahrgänge weiterhin benachteiligt? Wird Angela Merkel hier ihr Versprechen einer Mütterrente nach den Wahlen umsetzen?

Die Stichtagregelung mit 1992 ist ungerecht, weil es die Mütter mit Blick auf die Rente unterschiedlich behandelt, je nachdem wann sie ihre Kinder geboren haben. Da gibt es keinen rational nachvollziehbaren Grund für. Es ist auf alle Fälle wichtig, die Mütter in der Rente besserzustellen. Das unterstützen wir. Als Alternative zum Vorschlag einer „Mütterrente“ von der CDU plädiere ich für unser Modell der Garantierente. Denn viele Frauen, die ihre Kinder vor 1992 geboren haben, wären durch die Anpassung mit den zusätzlichen Rentenpunkten immer noch auf einem Niveau unterhalb der Grundsicherung und noch unter der derzeitigen Grenze für die Mindestrente. Unsere Garantierente besagt hingegen, dass jeder und jede, die 35 Jahre berufstätig war - und dazu zählt eben die Erziehung von Kindern, Pflege von Angehörigen und Zeiten von Arbeitslosigkeit - mindestens 850 Euro Garantierente bekommen soll. Damit wäre einer großen Gruppe von Müttern, die heute benachteiligt sind, mehr geholfen als durch eine Angleichung der Punktezahl. Ich bin zudem sehr skeptisch dahingehend, ob Merkel ihr Versprechen der Mütterrente einlöst, weil die CDU das 2009 genauso schon als Versprechen in ihr Wahlprogramm aufgenommen hatte und nach der Wahl davon keine Rede mehr war.

Frau Dörner, vielen Dank für das Gespräch!

*Lest auf einem Blog von Ansgar Skoda einen **zweiten Teil** des Interviews. Hier verrät Katja Dörner mehr über ihre Einschätzung zu neuen Rechtsansprüchen in der Tagespflege, zur Stärkung so genannter Frauenberufe, zur Quotierung und zu Bundestagspraktika bei den Grünen für Studierende.*

Weitere Interviews mit Katja Dörner auf [campus-web](#).

Aktuelles und Vita zu [Katja Dörner](#).

Autor: Ansgar Skoda **Bilder:** Ansgar Skoda / 17.09.2013

[Artikel drucken](#)